

Bezahlbarer Wohnraum

PARLAMENT Gemeindliche Beteiligung an Genossenschaften?

GRÜNDAU (we). Die Beteiligung der Gemeinde an in Gründau tätigen Wohnungsbaugenossenschaften (WBG)

stand gestern Abend in der Sitzung der Gemeindevertretung in Niedergründau zur Diskussion. Der Tagesordnungspunkt, ein Antrag der SPD, war in der letzten Sitzung auf Initiative der Opposition abgesetzt worden, weil es rechtliche Bedenken und Fragen gab.

Diese Fragen konnten von der Kommunalaufsicht geklärt werden, wie Parlamentschef Norbert Breunig ausführte.

Demnach kann nur die Gemeindevertretung und nicht der Gemeindevorstand - wie im SPD-Antrag gefordert - über die Beteiligung an einer solchen Genossenschaft entscheiden. Einen Widerstreit der Interessen durch die Beteiligung der Kommune an einer sozialen WBG konnte die Kommunalaufsicht nicht entdecken.

„Ziel soll es sein, im Rahmen des geförderten, sozialen Wohnungsbaus auch für geringe Einkommen bezahlbaren Mietwohnungen zu schaffen“, begründete SPD-Fraktionschef Dr. Jürgen Schubert erneut das Ansinnen seiner Fraktion.

Michael Schell (SPD), Mitinitiator der WBG „Wohnbau60plus“ im Main-Kinzig-Kreis, wunderte sich nach eigenem Bekunden darüber, dass da überhaupt ein Widerstreit der Interessen in Erwägung gezogen worden sei. Die WBG sei ehrenamtlich geführt. „Wir wollen preiswerten, sozialen Wohnraum schaffen. Es gibt von unserer Seite kein wirtschaftliches Interesse. Interessenvertretung wird hier wirklich sehr merkwürdig interpretiert.“

Das Interesse sei allein von daher wirtschaftlich, dass die WBG am Markt tätig sei, erklärte CDU-Fraktionschef Johannes Heger. „Es ging nicht darum, zu unterstellen, dass jemand mit dem Antrag individuelle Eigeninteressen verfolgen könnte, sondern um Rechtssicherheit“, so Heger. Jetzt sei man

durch die Prüfung auf der sicheren Seite. Trotzdem stellte er die Beteiligung der Gemeinde an WBG infrage. Wenngleich er das grundsätzliche Problem, dass es zu wenig bezahlbare Mietwohnungen gebe, durchaus sah. „Aber muss es gleich eine Beteiligung sein? Wie wäre es mit einer Kooperation?“

„Wir wollen uns nicht mit Unsummen beteiligen, sondern ein Zeichen setzen. Durch die Beteiligung an Wohnungsbaugenossenschaften erkaufen wir uns auch ein Mitspracherecht“, entgegnete Dr. Jürgen Schubert. Entsprechend den

Anmerkungen der Kommunalaufsicht
änderte die SPD ihren Antrag ab. Demnach
wird der Gemeindevorstand nun
die Beteiligung an in Gründau tätigen
WBG ermitteln, wird der Gemeindevertretung
Bericht erstatten und diese
trifft dann die endgültige Entscheidung.
Der Antrag wurde mehrheitlich
von der SPD, gegen die Stimmen von
CDU und FWG angenommen.
Bericht folgt